

**Beitrag**  
**Seiner Durchlaucht Erbprinz Alois von und zu**  
**Liechtenstein für die Februar-Ausgabe des Magazins**  
**„Unternehmer“ der Wirtschaftskammer**  
**Liechtenstein zum Thema Bildung**

---

**Der Unternehmer und seine Verantwortung für**  
**einen gut ausgebildeten Nachwuchs**

Aus dem Nachwuchs rekrutiert sich ein bedeutender Teil der Arbeitskräfte. Wird dieser vernachlässigt, leiden bald auch einmal die Unternehmen. Einerseits weil sie lokal keine guten, jungen Arbeitskräfte mehr finden, andererseits weil die Jugendarbeitslosigkeit steigt, was die Kosten der Sozialsysteme erhöht und zu gesellschaftlichen Spannungen führen kann.

Der Unternehmer kann in mehrfacher Hinsicht für einen gut ausgebildeten Nachwuchs sorgen:

- indem er im Unternehmen eine gute Ausbildung anbietet,
- indem er sich über sein Unternehmen, seinen Interessensverband oder als Stimmbürger für ein hervorragendes Schulsystem einsetzt und
- indem er seinen Mitarbeitern und allenfalls auch sich selbst erlaubt, die Rolle als Eltern möglichst gut wahrnehmen zu können.

Der Unternehmer und seine Mitarbeiter arbeiten nicht nur im

Unternehmen, sondern sind oft auch Eltern und damit in erster Linie selbst für den Nachwuchs verantwortlich. Die Wissenschaft zeigt immer mehr, wie entscheidend gerade die ersten Lebensjahre und dabei die Beziehung zu den Eltern für die Entwicklung der Menschen sind. Wenn Unternehmen für Eltern in dieser Phase flexible Arbeitsmodelle anbieten, tun sie auch etwas für den Nachwuchs. Sie können ihre Mitarbeiter zusätzlich noch auf ihre wichtige Rolle als Eltern hinweisen und sie ermutigen, die flexible Arbeitszeit vor allem ihren Kindern zu widmen, anstatt diese vor dem Fernseher zu parkieren.

Neben den Eltern sind vor allem die Schulen für den Nachwuchs verantwortlich. Gute Schulen sind für ein Hochlohnland im Zeitalter des globalen Wettbewerbs entscheidend. Allerdings hat Liechtenstein heute ein Bildungssystem, das den Schulen kaum Freiraum gibt, sich zu entfalten. Die Kompetenzen der Schulleiter sind gering. Jede Lehrkraft muss von der Regierung angestellt oder entlassen werden. Einem Unternehmer muss man sicherlich nicht erklären, dass dies ein strukturelles Übel ist.

Es ist daher notwendig, im Bildungssektor von der zentralen Planwirtschaft wegzukommen hin zu weitgehend autonomen Schulen, deren Besuch frei wählbar ist und die in einem fruchtbaren Ideenwettbewerb untereinander stehen. Aus dieser Sicht ist die Einführung von Profilschulen im Sekundarschulbereich zu begrüßen und zu hoffen, dass dieses Projekt bezüglich Autonomie und freier Schulwahl wirklich weit genug geht. Auch sollten dieselben Strukturänderungen im Volks- und Vorschulbereich eingeführt werden.

Die Schulen und Schulleitungen müssen auf ihre Autonomie und ihre

neuen Aufgaben entsprechend vorbereitet werden. Dabei können gerade auch Unternehmer einen wichtigen Beitrag leisten. Denn die autonomen Schulen werden untereinander ähnlich wie Unternehmen im Ideenwettbewerb stehen. Neben bestem pädagogischem Know-how brauchen sie daher noch andere Fähigkeiten wie:

- das richtige Kommunizieren des Schulangebotes an Schüler, Eltern und die interessierte Öffentlichkeit,
- das Organisieren eines optimalen Schulbetriebes, der voll auf die Bedürfnisse der „Kunden“, d.h. der Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern, ausgerichtet ist, und
- das genaue Erfassen, wie die Schnittstellen zu den weiterführenden Schulen oder in das Berufsleben zum Wohle der Schüler und Schülerinnen am besten abgestimmt werden.

Dazu wäre es sinnvoll, wenn die einzelnen autonomen Schuleinheiten unterstützende Stiftungs- oder Aufsichtsräte erhalten, die unterschiedliche Fähigkeiten einbringen. Neben Pädagogen werden speziell auch Experten mit unternehmerischer Erfahrung gefragt sein, die etwas vom Wettbewerb und den damit verbundenen Kommunikations- und Organisationsaufgaben verstehen sowie von der Praxis her genau wissen, welche Fähigkeiten im Berufsleben besonders gefragt sind. Wenn Unternehmer sich für solche Aufgaben zur Verfügung stellen, können sie einen weiteren wichtigen Dienst am Nachwuchs tätigen.

Um den Ideenwettbewerb zwischen autonomen Schulen zu erleichtern, sollte zusätzlich die staatliche Finanzierung der Bildung umgestellt werden, und zwar von einer direkten Finanzierung der Schulen hin zu einer Finanzierung der Schüler und Schülerinnen durch Bildungsvoucher

oder Bildungskonten. Am besten wird für jede Person bei deren Geburt ein Bildungskonto eingerichtet, das sie bis zu ihrem Lebensende behält. Auf dieses Konto erfolgen entsprechende staatliche Gutschriften, deren Höhe je nach Lebensabschnitt unterschiedlich ist und die nur an staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen oder Bildungskurse überwiesen werden können. Solche Bildungskonten hätten mehrere zusätzliche Vorteile:

- Die Bildungskonten könnten bereits vor dem Kindergarten für den Besuch von Kindertagesstätten oder den Einsatz von Tagesmüttern benutzt werden. Dadurch würden schnell und unbürokratisch entsprechende Angebote entstehen, die sich viel besser auf die Vielzahl der unterschiedlichen Bedürfnisse ausrichten als wenn wieder mit einer schwerfälligen, zentralplanerischen Finanzierung agiert würde.
- Es könnte eine Gleichbehandlung von Lehrlingen und Gymnasiasten erreicht werden, indem die Lehrlinge eine gleich hohe Gutschrift wie die Gymnasiasten erhalten. Wenn die Lehrlinge nicht die gesamte Gutschrift für die Berufsschulen aufbrauchen, könnten sie diese teilweise für die heute von den Lehrmeistern zu tragenden Verbandskurse, Grundschulungskurse und überbetrieblichen beruflichen Fachkurse einsetzen und damit die Lehrmeister entlasten. Wenn dadurch die Kosten der Lehre für die Lehrmeister gesenkt werden, würde vielleicht auch das Anbieten von Lehrstellen wieder attraktiver. Wenn darüber hinaus noch Teile der Gutschriften übrig bleiben, könnten diese für eine spätere Weiterbildung eingesetzt werden, wie z.B. für die Berufsmatura.
- Auch die Erwachsenenbildung könnte man durch die Einführung von Bildungskonten stärken, da diese einen wesentlich stärkeren

Anreiz zur immer wichtiger werdenden Weiterbildung geben. Wenn jeder Bürger weiss, dass er ein Guthaben zur Weiterbildung hat, das verfällt, wenn es ungenutzt bleibt, wird er sich viel eher weiterbilden als heute. Dadurch werden vor allem auch jene stärker angesprochen, die bis jetzt kaum Weiterbildung betreiben, es aber wahrscheinlich am Nötigsten bräuchten.